

Die Deutschen und die Russen Über Neigungen und machtpolitische Sozialisierungen

Gunther Hellmann

Deutschland versteht sich als „Gestaltungsmacht“ im Einklang mit den „Prinzipien und Mitteln unserer Zeit“. Es ist einer der Aufsteiger in der Weltpolitik des 21. Jahrhunderts. Dagegen verharre Russland als „absteigende Großmacht“ in den „Mustern des 19. und 20. Jahrhunderts“. So sind Konflikte vorprogrammiert, obwohl keine der beiden Seiten daran Interesse hat. Verändern wird dieser Konflikt nicht nur Deutschland und Russland, sondern auch die europäische Ordnung und machtpolitische Praktiken in Ost und West.

Krisenzeiten sind Hochzeiten für Stereotype. Die Karikaturisten „Greser & Lenz“ haben jüngst anlässlich der Krim-Krise zwei solche Stereotype über Russland („den Iwan“) und eine aussterbende Generation von kriegsbereiten, aber altersgeschwächten „Wilhelm-“, „Hermann-“ und „Hildegard“-Deutschen auf die Schippe genommen (s.u.¹). Entstanden ist eine recht kuriose „Insel des Militärischen“ in einem deutschen „Meer der Zivilität“ – um eine pointierte Beschreibung „postheroischer“ westlicher Demokratien zu adaptieren.²



Nach der Krim-Annexion: Deutschland macht mobil

In beiden Beschreibungen liegt ein weiter und, sofern sie für triftig erachtet werden, für manche auch unerwarteter Weg hinter „den Deutschen“. Dies gilt zumindest vor dem Hintergrund jener Einschätzungen des deutschen „Nationalcharakters“ zu dem sich eine kleine Gruppe international anerkannter Historiker im berühmt-berüchtigten „Seminar über Deutschland“ Anfang 1990 mit der britischen Premierministerin Margaret Thatcher zusammenfand.³ Damals begünstigte am Ende der Beratungen „das Gewicht der Evidenz und Argumente“ jene, die (im Gegensatz zu den Instinkten Thatchers) „dem Zusammenleben mit einem vereinten Deutschland zuversichtlich“ entgegensehen. Aber „selbst die Optimisten“ waren „nicht frei von Sorgen“, wie das Protokoll festhielt, wenn auch „weniger im Blick auf die Gegenwart und die nächste Zeit“. Vor allem zwei „Aspekte des deutschen Charakters“ schienen am Ende die festgehaltene „Kernbotschaft“ („Wir sollten nett zu den Deutschen sein“) im Blick auf die „entferntere Zukunft“ zu begründen: „Zum einen die Neigung der Deutschen, Dinge zu übertreiben, über die Stränge zu schlagen. Zum anderen ihre Neigung, ihre Fähigkeiten und die eigene Stärke zu überschätzen.“⁴

Ob (und wenn ja: wie stark) der „Nationalcharakter“-Glaube, zu dem sich Margaret Thatcher gerade im Blick auf „die Deutschen“ offen bekannte,⁵ die Außenpolitik in Europa heute noch anleitet, kann man dahingestellt sein lassen. Aber selbst Thatchers großer Gegenspieler im Vereinigungsprozess, der frühere Bundeskanzler, Helmut Kohl, schien lange Zeit skeptisch zu sein, ob den Deutschen „die größte Überraschung“, die sie ihren Partnern bereiten könnten, tatsächlich gelingen würde – nämlich „dass sie bescheiden auftreten“, wie er noch 1999 meinte.⁶

Die „neue“ deutsche Außenpolitik, die bei der Münchener Sicherheitskonferenz von Außenminister Steinmeier und Bundespräsident Gauck nach mehrwöchiger systematischer Vorbereitung⁷ einem weltweiten Publikum verkündet wurde, will nicht am Maßstab der „Bescheidenheit“ gemessen werden. Vielmehr wurde die von Gauck und Steinmeier nahezu wortgleich vorgetragene Kernforderung, dass Deutschland zukünftig „bereit sein (muss), sich außen- und sicherheitspolitisch früher, entschiedener und substanzieller einzubringen“⁸, zumeist als Antwort auf eine vielerorts wahrgenommene „neue Erwartung“ verstanden, der zufolge Deutschland „sich erklären“ müsse, „was es mit seiner Stärke in der Mitte Europas anzufangen gedenke.“⁹

Fraglich ist, ob diese Ankündigung, die mindestens genauso stark an Zuhörer innerhalb wie außerhalb Deutschlands gerichtet war, genau in dieser Wortwahl formuliert worden wäre, wenn beide Reden unmittelbar nach der russischen Annexion der Krim im März 2014 gehalten worden wären. Am Grundtenor dürfte sich allerdings deshalb wenig geändert haben, weil die außenpolitische Sozialisierung der Deutschen im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte den Skeptikern eher wenig Auftrieb verliehen hat. Von der in Chequers gefürchteten „Neigung der Deutschen, Dinge zu übertreiben“ ist zumindest machtpolitisch wenig zu spüren. Mehr noch, eine Gefahr, dass sie „die eigene Stärke überschätzen“ könnten, ist nicht zu erkennen. Im Gegenteil: ausgerechnet der

polnische Außenminister schien eine jenseits deutscher Grenzen weitverbreitete Wahrnehmung auf den Punkt zu bringen als er während der Eurokrise ausrief, dass er deutsche „Passivität“ mehr fürchte als „deutsche Macht“.¹⁰

Heute wird „deutsche Macht“ erstmal in einem geopolitischen Konflikt mit weltpolitischen Dimensionen getestet, denn in der Konfrontation über die Zukunft der Ukraine und Krim kollidieren nicht nur zwei ungleiche „Großmächte“, sondern auch grundlegend inkompatible Ordnungsvorstellungen. Schon die Verortung Deutschlands in einer „Mächte“-Typologie sprengt klassische Bezugspunkte. Zum einen lässt sich nämlich deutsche Außenpolitik alleine aufgrund ihrer traditionell engen institutionellen Verzahnung mit EUropäischer Außen- und Sicherheitspolitik nicht ausschließlich in nationalstaatlichen (Großmacht-) Kategorien fassen. Zum anderen liebäugeln außenpolitische Eliten mit der Selbstverortung Deutschlands in einer dem klassischen Großmachtverständnis gegenübergestellten Konzept der „Gestaltungsmächte“. Damit sind Staaten gemeint, zu denen neben Deutschland all jene gerechnet werden, „mit denen Deutschland nicht schon im Rahmen der Europäischen Union (EU), der G-8 oder der Nordatlantischen Allianz (NATO) zusammenarbeitet“ und die sich „durch Gestaltungsfähigkeit und Gestaltungswillen in regionalen und internationalen Zusammenhängen“ auszeichnen.¹¹ Bemerkenswert ist hierbei schon auf der konzeptionellen Seite, dass die Bundesregierung Russland bereits 2012 als einzigem großen Staat (jenseits der traditionellen „Verbündeten“) die offizielle Adellung als „Gestaltungsmacht“ verweigerte.

Selbst- und Fremdbeschreibung in „Großmacht-“ oder „Gestaltungsmacht“-Kategorien spiegeln sich in konkurrierenden Ordnungsvorstellungen und nationalen Ambitionen. In seiner Münchener Rede leitete etwa Bundespräsident Gauck „Deutschlands wichtigstes außenpolitisches Interesse im 21. Jahrhundert“ daraus ab, dass es „überdurchschnittlich globalisiert“ sei, „überdurchschnittlich von einer offenen Weltordnung“ profitiere und daher auch ein überragendes Interesse daran habe, „dieses Ordnungsgefüge, dieses System zu erhalten und zukunftsfähig zu machen.“ Arnold Wolfers hat diese Art der Formulierung außenpolitischer Interessen „Milieuziele“ genannt – Ziele also, die sich auf die Rahmenbedingungen eines Handlungsumfeldes beziehen und deren Verwirklichung aufgrund ihrer Unteilbarkeit allen in diesem Umfeld Handelnden zugute kommen.

Im Kontrast dazu beziehen sich „Besitzziele“ auf knappe Güter, die zumeist kompetitiv verfolgt werden und die nicht selten im Modus eines Nullsummenspiels nur auf Kosten anderer realisiert werden können.¹² Die vom russischen Präsidenten Putin Anfang 2013 unterzeichnete „Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation“ akzentuiert dieses Besitzziel-Verständnis.¹³ Natürlich wird auch dort ein bestimmtes Umfeld umschrieben – im „Ist“-Zustand beispielsweise bezogen auf „tiefgreifende Verschiebung in der geopolitischen Landschaft“ (§5), abnehmende „Möglichkeiten des historischen Westens zur Dominanz“ bzw. eine „Erhöhung der globalen Konkurrenz“ (§6). Bezogen

auf das anzustrebende Umfeld ist von der „zentralen und koordinierenden Rolle der UNO“ (§29), der „Oberhoheit des Rechtes“ (§31) oder der „vorrangigen (...) Entwicklung der gegenseitigen und vielseitigen Zusammenarbeit mit den GUS-Staaten“ (§42) die Rede. Im Zentrum steht allerdings als erstes „Hauptziel“ die „Förderung der Sicherheit des Landes“, vor allem unter dem Blickwinkel der „Interessen der Russischen Föderation als eines der einflussreichsten und konkurrenzfähigsten Zentren in der heutigen Welt“ (§4a). Neben klassischen militärischen Instrumenten der Staatenkonkurrenz erscheint Russlands Sicherheit hier vor allem bedroht durch die „destruktive und rechtswidrige Verwendung der ‚Soft Power‘ bzw. der Menschenrechtskonzeptionen als Mittel zum Druck auf souveräne Staaten“ sowie „zur Einmischung in ihre innenpolitischen Angelegenheiten“ (§20) – ein unmissverständlicher Hinweis auf eigene Machtansprüche.

So wie Gauck als Sprachrohr der Bundesregierung aus dem übergreifenden Milieuziel der Erhaltung und Stärkung der „Zukunftsfähigkeit“ einer „offenen Weltordnung“ die operative Anweisung ableitet, dass Deutschland „mehr Verantwortung“ übernehmen und sich „als guter Partner früher, entschiedener und substantieller einbringen“ müsse, so scheint der russische Präsident (und mit ihm große Teile der russischen Elite) aus der Wahrnehmung des „Zusammenbruchs der UdSSR“ als „größter geopolitischen Katastrophe des (20.) Jahrhunderts“¹⁴ die Lehre gezogen zu haben, dass Russland nicht zuletzt vor dem Hintergrund der „Erhöhung der globalen Konkurrenz“ sowie einem „neuen Trend zu einer Re-Ideologisierung der internationalen Beziehungen“ (§14) seine eigenen Interessen und Machtansprüche heute offensiver vertreten müsse. Gefordert wird in diesem Kontext unter anderem, dass Russland „die völkerrechtliche Bestimmung der Staatsgrenze der Russischen Föderation und der Seegrenzen *voranbringen*“ müsse und dabei darauf zu achten habe, dass „Russlands nationale Interessen, vor allem im Sicherheits- und Wirtschaftsbereich, *bedingungslos gesichert* werden“ (§31e, Hervorhebung GH). Dass die „willkürliche Interpretation der wichtigsten Völkerrechtsnormen und Prinzipien (...) zugunsten (...) der Interessen einzelner Staaten besonders gefährlich“ (§31b) ist, könnte auch in einem grundlegenden Strategiepapier Deutschlands stehen, kaum aber („in Übereinstimmung mit der nationalen Sicherheit als oberste Priorität“) die Vorgabe, dass der „allseitige Schutz der Rechte und legitimen Interessen der russischen Bürger und der im Ausland ansässigen Landsleute“ (§4g) ein „Hauptziel“ deutscher Sicherheitspolitik sei.

Selbstbeschreibungen und Zieldefinitionen im Vokabular offizieller Regierungsvlautbarungen wie die zuvor genannten werden manchmal als „Propaganda“ oder „bloße Rhetorik“ abgetan. Das gilt insbesondere in polarisierten Zeiten, in denen großer Erklärungsbedarf¹⁵ besteht, zahlreiche Erklärungen zirkulieren und jene, die einem selbst nicht einleuchten wollen, karikierten „Russland-Verstehern“¹⁶ oder „Putin-Verstehern“¹⁷ zugeschrieben werden. Die hier vertretene These basiert auf der Annahme, dass Reden wie jene, die Gauck und Steinmeier in München vorgetragen haben

und Strategiepapiere, wie das von Putin vor einem Jahr unterzeichnete, wichtige Orientierungspunkte liefern, um deutsche und russische Außenpolitik besser verstehen und zudem Rückschlüsse über den gegenwärtigen Stand und die Entwicklungsperspektiven des bilateralen Verhältnisses beider Staaten ziehen zu können. Deutsche und russische Selbstbeschreibungen und Zieldefinitionen illustrieren demzufolge die Brisanz und Asymmetrie eines weltpolitisch neuartigen Konflikts zwischen einer aufsteigenden, sich selbst als „Gestaltungsmacht“ begreifenden Macht neuen Typs auf der einen und einer sich gegen ihren Abstieg auflehrenden traditionellen Großmacht auf der anderen Seite. Beide geraten unausweichlich aneinander, weil nicht nur ihre Gestaltungs- bzw. Machtansprüche gewachsen, sondern auch ihre Ordnungsvorstellungen unvereinbar sind. Der Ukraine ihr Recht auf Selbstbestimmung zu verweigern ist für eine große Mehrheit der Deutschen genauso wenig akzeptabel wie es für traditionelle Geopolitiker in Moskau nicht hinnehmbar ist, einer steten Ausweitung des westlichen Einflussbereichs (und sei es auch nur in der Form demokratischer Selbstbestimmung oder ökonomischer Integration) tatenlos zuzusehen.¹⁸

Diese Zuspitzungen entbehren nicht einer gewissen Tragik, denn sowohl die russische wie auch die deutsche Führung haben wiederholt unterstrichen, dass ihnen an guten Beziehungen mit der jeweils anderen Seite gelegen und das Interesse an Schadensbegrenzung selbst nach der Annexion der Krim auf beiden Seiten unübersehbar ist. Dies spiegelt sich etwa in der Bereitschaft, alte Pläne für eine „Modernisierungspartnerschaft“ zwar bis auf weiteres auf Eis zu legen, aber deshalb nicht für obsolet zu erklären.¹⁹ Auch die öffentliche Meinung ist in beiden Ländern, bei allen Ambivalenzen angesichts der Eskalation, keineswegs feindselig. Putin schwimmt auf einer Welle der Unterstützung wie er sie lange nicht gesehen hat und selbst seine innenpolitischen Kritiker räumen ein, dass die Wahrnehmung, dass der Westen ein falsches Spiel betreibt und die russische Führung legitime Interessen verteidigt, weitverbreitet ist.²⁰ Ob die noch im letzten Jahr in Umfragen gemessenen sehr positiven Einstellungen der russischen Öffentlichkeit gegenüber Deutschland angesichts der jüngsten Konfrontation größeren Schaden nehmen, wird wohl nicht zuletzt davon abhängen, ob weitere Eskalationen (etwa bezüglich der östlichen Ukraine) vermieden werden können. Jedenfalls konnten noch gegen Ende 2013 in der russischen Öffentlichkeit sowohl gegenüber der „Staatsführung“ wie auch der „einfachen Bevölkerung“ in Deutschland sehr positive Werte verzeichnet werden, die nur von den engsten Verbündeten Russlands übertroffen wurden.²¹

Die Sympathien für Russland im Allgemeinen und die russische Staatsführung im Besonderen sind auf deutscher Seite zwar deutlich verhaltener, aber auch hier ist von einer Neigung zu auftrumpfenden „über-die-Stränge-Schlagen“ nichts zu spüren. Im vergangenen Jahr, also vor der aktuellen Zuspitzung, sprachen sich beispielsweise 48 Prozent der Deutschen dafür aus, die Beziehungen mit Russland „auf die Kooperation und das Erreichen von Kompromissen“ auszurichten. Allerdings unterstützten schon

damals auch 43 Prozent der Befragten die Aussage, dass Deutschland seine Politik gegenüber Russland „auf die starke Verteidigung seiner eigenen Interessen“ ausrichten, d.h. dass Zielen, die eigenen Grundüberzeugungen widersprechen, eine deutliche Absage erteilt werden sollte.²² Ein ähnlich ambivalentes Bild zeichnet eine aktuelle Umfrage der ARD von Anfang April 2014. Einer an militärischen Maßnahmen ausgerichteten Strategie widerspricht eine umso größere Mehrheit der Deutschen, je stärker sie eine direkte militärische Beteiligung Deutschlands einschließt. Immerhin 53 Prozent der Deutschen lehnen eine „stärkere“ Sicherung des Luftraumes der östlichen NATO-Verbündeten Deutschlands ab (lediglich 40 Prozent befürworten sie). Fast zwei Drittel der Deutschen (61 Prozent) sprechen sich sogar dagegen aus, dass sich „die Bundeswehr mit Flugzeugen an einer stärkeren Sicherung und Überwachung des Luftraums der osteuropäischen NATO-Länder beteiligen“ sollte. Noch bemerkenswerter ist eine durchaus kritische Grundeinstellung gegenüber der Rolle der NATO im aktuellen Konflikt: 55 Prozent sehen Deutschland derzeit „fest im westlichen Bündnis“ während lediglich 37 Prozent Deutschland „in einer mittleren Position zwischen dem westlichen Bündnis und Russland“ wahrnehmen. Erwünscht ist allerdings (wenn auch nur mit einer leichten Mehrheit von 49:44) eine umgekehrte Positionierung.²³ Dies dürfte die Befürworter einer auch von Deutschland mitgetragenen deutlicheren Abschreckungsstrategie der NATO genauso irritieren wie es Wasser auf die Mühlen derjenigen leitet, die „Moskau die Grenzen“ zeigen wollen, ohne dabei allerdings „auf eine Militarisierung des Konfliktes zu setzen“.²⁴

Im Lichte der Assoziationen und Erwartungen, die nach den Reden von Bundespräsident Gauck und Außenminister Steinmeier bei der Münchener Sicherheitskonferenz die deutsche und internationale Diskussion beherrschten, liegt eine Ironie der gegenwärtigen deutschen Russland-Politik darin, dass nicht nur die vor kurzem noch verpönte „Kultur der militärischen Zurückhaltung“ wieder salonfähig zu werden scheint, sondern auch die der „Bonner“ Außenpolitik oftmals vorgehaltene Wischiwaschi-Neigung, vermeintlich notwendigen „harten Entscheidungen“ aus dem Weg zu gehen und ein dezidiertes „Sowohl-als-auch“ dem unbequemen „Entweder-oder“ vorzuziehen.²⁵ Wenn man die Einschätzung teilt, dass der Konflikt um die Ukraine die deutsche Außenpolitik erstmals seit der Vereinigung als „Mit-Führungsmacht“²⁶ in einer weltpolitisch bedeutsamen *geopolitischen* Konfrontation fordert, dann könnte eine Besinnung auf „Bonner“ Tugenden nicht zuletzt deshalb nützlich sein, weil der deutschen Politik ernstzunehmende militärische Optionen gegenüber Russland heute genauso fehlen wie der Bonner Republik gegenüber der Sowjetunion vor 25 oder 40 Jahren. Eine an die neuen Bedingungen adaptierte Strategie des „Abnutzungsmultilateralismus“ – der „geduldigen und umsichtigen Verfolgung nationaler Ziele durch multilaterale Institutionen und Verhandlungen“, wie Timothy Garton Ash das Erfolgsrezept der Bonner Außenpolitik vor 20 Jahren umschrieb²⁷ – ist gegenüber Russland nicht nur aufgrund der fehlenden alternativen Großmachtoptionen Deutschlands naheliegend, sondern auch deshalb, weil sie der Lernerfahrung, dem Gestaltungsanspruch und dem

Selbstverständnis Deutschlands entsprechen. Diese Differenz zwischen Russland und Deutschland fasste Bundeskanzlerin Merkel in einer Regierungserklärung wie folgt zusammen: „Interessenkonflikte mitten in Europa im 21. Jahrhundert lassen sich erfolgreich nur dann überwinden, wenn wir nicht auf Muster des 19. und 20. Jahrhunderts zurückgreifen. Sie lassen sich nur dann überwinden, wenn wir mit den Prinzipien und Mitteln unserer Zeit, des 21. Jahrhunderts agieren. Auch geopolitische Stärke entwickeln, das geht erfolgreich nur mit den Prinzipien und Mitteln unserer Zeit“.²⁸

In diesem durchaus repräsentativen Zitat wird eine im deutschen Diskurs weit verbreitete implizite Prognose erkennbar, der zufolge bereits heute absehbar ist, dass Russland mit der Annexion der Krim seinen ureigenen Interessen selbst am meisten geschadet hat und sich dies früher oder später auch erweisen wird. In einer längere Zeiträume umspannenden Sozialisationsperspektive markiert diese Prognose vor allem den Unterschied zwischen einer sich im Einklang mit den „Prinzipien und Mitteln unserer Zeit“ wählenden deutschen „Gestaltungsmacht“ und einer in den „Mustern des 19. und 20. Jahrhunderts“ verharrenden russischen „Großmacht“. Wie weit deutsche „Gestaltungsmacht“ allerdings tatsächlich reichen würde, wenn russische „Großmacht“-Praktiken mit der Annexion der Krim noch nicht an ihr Ende gelangt wären, bleibt abzuwarten. Jedenfalls stehen Europa im Allgemeinen sowie Deutschland und Russland im Besonderen spannende Jahre bevor, in denen sich erst noch erweisen muss, wie ordnungspolitische Sozialisationsmacht und die Rollen des Sozialisators bzw. des Sozialisanden in unterschiedlichen Feldern verteilt sind. Sicher ist allerdings, dass der Weg zu einer Großmacht „modernen“ Typs²⁹, den der damalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Wolfgang Ischinger, Russland im Sommer 2000 empfahl, steiniger geworden ist.

¹ Greser&Lenz, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.3.2014. Herzlichen Dank für die Erlaubnis zum Nachdruck.

² Vgl. Herfried Münkler, Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Asymmetrie, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2006, S. 329.

³ Charles Powell, Thatchers Privatsekretär, wichtigster außenpolitischer Berater und Protokollant dieses Treffens, sagte später einmal, dass man sich „mehr Wissen über und Erfahrung mit Deutschland“ wie mit diesen Personen in Chequers vertreten war, nicht hätte wünschen können; vgl. Berlin: The British Perspective 1945-1990, The Windsor Park Seminar, 1-2 September 2009, S.19, verfügbar unter <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/603228/publicationFile/162077/Windsor%20Park.pdf> (13. März 2014).

⁴ Alle Zitate aus „Chequers Seminar on Germany, 24 March 1990 (‘Summary Record’, [declassified 2007])“, eigene Übersetzung (verfügbar unter <http://www.margaretthatcher.org/document/11047> (23.6.2010)).

⁵ Margaret Thatcher, The Downing Street Years, New York: Harper Collins, 1993, S. 791.

⁶ „Noch nie hatten die Deutschen so wenig Grund zum Pessimismus“. Interview mit Helmut Kohl, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Oktober 1999, S. 4.

⁷ Zur detaillierten Planung dieser beiden Auftritte vgl. Jochen Bittner und Matthias Naß, Kurs auf die Welt, in: Die Zeit, 6.2.2014 (verfügbar unter <http://www.zeit.de/2014/07/deutsche-aussenpolitik-sicherheitskonferenz/komplettansicht> (10.2.2014)).

⁸ Dies war die „1. These“ in der Rede von Außenminister Frank-Walter Steinmeier anlässlich der 50. Münchner Sicherheitskonferenz am 1. Februar 2014 (verfügbar unter http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2014/140201-BM_M%C3%BCSiKo.html (3.2.2014)). Der entsprechende Satz in der Rede Gaucks lautete: „Die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substantieller einbringen“; Rede des Bundespräsidenten, Joachim Gauck, zur Eröffnung der 50. Münchner Sicherheitskonferenz am 31. Januar 2014 (verfügbar unter <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.html> (3.2.2014)).

⁹ Stefan Kornelius, Neue Spielregeln für die Außenpolitik, in: Süddeutsche Zeitung, 31.1.2014 15:20 Münchner Sicherheitskonferenz (verfügbar unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/muenchner-sicherheitskonferenz-neue-spielregeln-fuer-die-aussenpolitik-1.1875917> (3.2.2014)). Zur Wirkung der Rede Gaucks vgl. auch Günther Nonnenmacher, Gaucks Leitfaden, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.2.2014, S.1; Stefan Kornelius, Das Lied von der deutschen Verantwortung, in: Süddeutsche Zeitung, 1.2.2014 (verfügbar unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/aussenpolitik-das-lied-von-der-deutschen-verantwortung-1.1877185> (3.2.2014)); Alison Smale, Spurred by Global Crises, Germany Weighs a More Muscular Foreign Policy, in: New York Times, 1.2.2014 (verfügbar unter <http://www.nytimes.com/2014/02/02/world/europe/spurred-by-global-crises-germany-weighs-a-more-muscular-foreign-policy.html> (3.2.2014)).

¹⁰ „The biggest threat to the security and prosperity of Poland would be the collapse of the Euro zone. And I demand of Germany that, for your own sake and for ours, you help it survive and prosper. You know full well that nobody else can do it. I will probably be first Polish foreign minister in history to say so, but here it is: *I fear German power less than I am beginning to fear German inactivity*. You have become Europe’s indispensable nation“; Radek Sikorski, Poland and the future of the European Union, Berlin, 28.11.2011, S.9, Hervorh. im Original (verfügbar unter https://dgap.org/sites/default/files/event_downloads/radoslaw_sikorski_poland_and_the_future_of_the_eu_o.pdf (13.12.2011)).

¹¹ Vgl. Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen. Konzept der Bundesregierung, Berlin Auswärtiges Amt 2012, S.5 (verfügbar unter <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/608384/publicationFile/165762/Gestaltungsmaechtekonzept.pdf> (4.3.2012)).

¹² Vgl. Arnold Wolfers, Discord and Collaboration: Essays on International Politics, Baltimore: The Johns Hopkins Press 1962, S.73.

¹³ Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation, gebilligt vom Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, am 12.2.2013 (verfügbar unter [http://www.mid.ru/bdomp/ns-](http://www.mid.ru/bdomp/ns-osn-)
[osn-](http://www.mid.ru/bdomp/ns-osn-)

doc.nsf/e2f289bea62097f9c325787a0034c255/9f13b4ffd6a9a3e344257b81001c64ad!OpenDocument (23.3.2014)).

¹⁴ In einer Rede zur Lage der Nation vor der Föderalversammlung fasste Wladimir Putin am 25. April 2005 seine Analyse des postsowjetischen Wandels wie folgt zusammen: „Man muss einräumen, dass der Zusammenbruch der UdSSR die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts war. Zig Millionen unserer Mitbürger und Landsleute lebten auf einmal außerhalb der Grenzen Russlands und mussten sich eine neue Heimat suchen. Die Ersparnisse der Bürger wurden abgewertet, die alten Ideale zerstört, viele Institutionen aufgelöst oder überstürzt reformiert. Die Integrität des Landes wurde durch terroristische Interventionen und die darauf folgende Kapitulation von Chassawjurt angegriffen. Oligarchische Gruppen gewannen grenzenlosen Einfluss auf die Welt der Informationen und bedienten nur ihre eigenen, korporatistischen Interessen. Dass die Masse der Bevölkerung im Elend lebt, wurde als ‚normal‘ akzeptiert. All dies geschah vor dem Hintergrund wirtschaftlichen Verfalls, finanzieller Instabilität und sozialer Lähmung“; zit. nach Jean-Marie Chauvier, Russland unter Väterchen Putin. Autoritarismus und Marktwirtschaft für die postsowjetische Gesellschaft, *Le Monde Diplomatique*, 9.2.2007 (verfügbar unter <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2007/02/09.mondeText.artikel.a0047.idx.14> (23.3.2014)).

¹⁵ Nikolai Klimeniouk, Putin ist verrückt, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 16.3.2014, S. 37.

¹⁶ Josef Joffe, Russlandverstehere, in: Die Zeit, 20.3.2014, S.5 (auch verfügbar unter <http://www.zeit.de/2014/13/russland-verstaendnis-typologie> (24.3.2014)).

¹⁷ Julia Encke, Unser Harter. Die große Koalition der Putin-Verstehere, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 6.4.2014, S. 37.

¹⁸ In dieser (für Russland scheinbar Verständnis heischenden) Erklärung fügen sich die Ereignisse in der Ukraine in das Bild einer seit den 1990er Jahren anhaltenden, zunehmend sinistren westlichen Auskreisungsstrategie gegenüber Russland. Zur nicht nur in der russischen Propaganda vertretenen These, dass die sowjetischen bzw. russischen Eliten 1990 genuin von stärkerem Entgegenkommen seitens des Westens ausgingen und das „gemeinsame Haus Europa“ nicht nur als Luftschloss, sondern als eine durchaus „realisierbare“ Option angesehen wurde vgl. Mary Elise Sarotte, 1989. The Struggle to Create Post-Cold War Europe, Princeton: Princeton University Press 2009, vor allem Kap. 3 und S. 198-201 und sowie dies., Not One Inch Eastward? Bush, Baker, Kohl, Genscher, Gorbachev, and the Origin of Russian Resentment toward NATO Enlargement in February 1990, in: *Diplomatic History*, Vol. 34, No. 1 (2010), S. 119-140.

¹⁹ Vgl. u.a. „Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation“ op.cit. §57 sowie „Für eine deutsch-russische Modernisierungspartnerschaft“, Rede des deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier in Jekaterinburg vom 13.5.2008 (verfügbar unter http://www.aktuell.ru/russland/kommentar/steinmeier_rede_modernisierungspartnerschaft_dokument_379.html (24.3.2014)); Guido Westerwelle, Sergej Lawrow, Die deutsch-russische Modernisierungspartnerschaft, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.05.2010 (verfügbar unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/guido-westerwelle-und-sergej-lawrow-die-deutsch-russische-modernisierungspartnerschaft-1984205.html> (24.3.2014)) sowie Friedrich Schmidt, Steinmeier in Moskau: „Ohne Russland geht es nicht“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.02.2014 (verfügbar unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/steinmeier-in-moskau-ohne-russland-geht-es-nicht-12802265.html> (24.3.2014)) und „Rede des Außenministers Russlands, Sergej Lawrow, auf der Pressekonferenz über die Ergebnisse der Gespräche mit dem Außenmi-

nister der BRD, Frank-Walter Steinmeier“, Moskau, 14. Februar 2014 (verfügbar unter http://mid.ru/bdomp/brp_4.nsf/19idd15588b2321143256a7d002cfd40/274ae2df5279ba2e44257c800029fc1a!OpenDocument (24.3.2014)).

²⁰ Swetlana Alexijewitsch, Etwas Schreckliches, etwas Blutiges zieht heran, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.3.2014, S. 11.

²¹ Unter elf Ländern wurde der deutschen „Staatsführung“ (gleichauf mit Belarus auf Platz 1) von 70 Prozent der befragten Russen attestiert, ein „eher freundschaftliches“ oder „sehr freundschaftliches“ Verhältnis mit Russland zu pflegen. 67 Prozent fanden, dass auch die „einfache (deutsche) Bevölkerung“ das Verhältnis mit Russland „eher freundschaftlich“ oder „sehr freundschaftlich“ einschätzt; vgl. Russland, Deutschland und die russische Außenpolitik, Umfrage des Lewada Zentrum vom November 2013 (verfügbar unter <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/175633/umfrage-russland-deutschland-und-die-russische-aussenpolitik> (5.4.2014)).

²² Jacek Kucharczyk et. al., Im Osten was Neues? Das Bild Polens und Russlands in Deutschland 2013, Bertelsmann Stiftung 2013, S.5 (verfügbar unter http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-9969D2Ao-6D28A1FD/bst/xcms_bst_dms_38167_38168_2.pdf (18.3.2014)).

²³ ARD Deutschland-Trend April 2014 (verfügbar unter <http://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend2204.pdf> (5.4.2014)).

²⁴ Majid Sattar, Und Merkel lächelt trotzdem, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.4.2014, S. 4 (auch verfügbar unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/spd-und-merkel-laechelt-trotzdem-12882803.html> (7.4.2014)); Sattar fasst hier eine Rede Gabriels zusammen, in der er sich lobend über die SPD-Minister in der Großen Koalition äußert. Unter anderen lobte Gabriel „Frank-Walter Steinmeiers Ansatz in der Ukraine-Krise, der Regierung in Moskau die Grenzen zu zeigen, ohne auf eine Militarisierung des Konfliktes zu setzen.“

²⁵ Zur Bedeutung des „Sowohl-als-auch“ in der Forschung über deutsche Außenpolitik vgl. Ulrich Roos, Deutsche Außenpolitik: Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln, Wiesbaden: VS Springer 2010, S. 28-29. Vgl. auch die Aussage von Außenminister Steinmeier beim Treffen des „Weimarer Dreiecks“ in Weimar, dass es „keinen Sinn“ mache, Länder wie die Ukraine hinsichtlich ihrer Kooperationspräferenzen „in eine entweder-oder-Entscheidung hineinzuzwingen - das verbietet die Geschichte und die Geografie dieser Länder“; vgl. Auswärtiges Amt, „Weimarer Dreieck: Mit voller Kraft für Europa“, (verfügbar unter http://www.auswaertiges-amt.de/sid_D10539D9F8A7F52E3EA8FEB366B2FAoA/DE/Europa/DeutschlandInEuropa/BilateraleBeziehungen/140331-WeimarerDreieck_AM_Weimar.html (6.4.2014)).

²⁶ Vgl. Helga Haftendorn, Gulliver in der Mitte Europas. Internationale Verflechtung und nationale Handlungsmöglichkeiten, in: Karl Kaiser, Hanns W. Maull (Hrsg.), Deutschlands neue Außenpolitik, Bd. 1 Grundlagen, München: Oldenbourg 1994, S. 150.

²⁷ Timothy Garton Ash, Germany's Choice, in: Foreign Affairs, Vol. 73, Nr. 4 (July/August 1994), S. 71.

²⁸ Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zur Lage in der Ukraine am 6. März 2014; abgegeben

vor dem Deutschen Bundestag am 13. März 2014, in: Bulletin der Bundesregierung Nr. 25-1 vom 13. März 2014, S. 8.

²⁹ „Größe bemisst sich (...) heute nicht so sehr an Macht, sondern an Kraft zu gestalten: es ist wichtiger zu überzeugen, als zu drohen, es ist wichtiger, einzubinden als zu beherrschen, es ist wichtiger Partner zu gewinnen als Gegner in Schach zu halten. Das sind die Gebote des 21. Jahrhunderts.“ Russland als Europäische Macht. Vortrag von Staatssekretär Wolfgang Ischinger im Rahmen der Sommertagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing am 2.7.2000 (verfügbar unter http://www.auswaertigesamt.de/6_archiv/2/r/rooo7o2a.htm (18.9.2000)).